

Europäische Demokratische Union

Als 1978 die EDU gegründet wurde, stand die Welt wieder einmal unter dem Eindruck einer kommunistischen Machtergreifung. Zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht mehr in Mittel- und Osteuropa, sondern in Afghanistan, und auch die Ausbreitung des Kommunismus in Afrika und Zentralamerika erschien unausweichlich.

Die Europäische Demokratische Union wurde ursprünglich als Sammelbecken der Mitte-Rechts-Parteien und als Gegengewicht zur Sozialistischen Internationale konzipiert. Die weltanschaulichen Gräben zwischen Christdemokraten und Mitte-Rechts-Parteien sind aber noch keineswegs endgültig überbrückt. Der Dualismus zwischen der EDU und der Union Europäischer Christdemokraten besteht nach wie vor. Immer mehr europäische Parteien versuchen allerdings, dieses Dilemma im Rahmen der EVP als Fraktion im Europaparlament zu lösen. Insofern war es ein entscheidender Schritt, dass es der EDU gelang, eines ihrer wesentlichen Anliegen, nämlich die Aufnahme der Konservativen Großbritanniens

in die Europäische Volkspartei, durchzusetzen.

Die Europäische Demokratische Union versuchte seit ihrer Gründung dem Grundsatz, neu entstehende Demokratien zu unterstützen, sich Diktaturen zu widersetzen, kommunistische Regime und Tendenzen zu bekämpfen, treu zu bleiben und richtete ihre Aufmerksamkeit schon früh auf die Entwicklungen in Osteuropa. Dort verfolgte die EDU von Anfang an jedes Aufkeimen von Opposition und begann, diese Gruppierungen auch zu unterstützen. Dies

angemerkt

geschah zu einer Zeit, als die Sozialistische Internationale noch voll auf die Kooperation mit etatistischen Kräften setzte. Deshalb vermied es die EDU, im Unterschied zur SI, mit kommunistischen Parteien, die mit diesem Wunsch an sie herantraten, offizielle Beziehungen aufzunehmen, um diese nicht vor der Öffentlichkeit zu legitimieren.

Um einen geordneten Übergang zu ermöglichen und „organische Beziehungen“ (Helmut Sonnenfeld) zwischen Westeuropa und den neu entstandenen Demokratien in den Ländern Ost-, Mittel- und Südosteuropa-

pas aufzubauen, geriet die EDU allerdings in ein Dilemma. Ihre Mitgliedsparteien waren gezwungen, das, was sie ursprünglich den Sozialisten vorgeworfen hatten, nun selbst zu praktizieren, nämlich in der Übergangszeit auch mit kommunistischen Parteien Kontakte zu pflegen. Als Meilenstein ihres diesbezüglichen Engagements in den neu entstehenden Demokratien hielt die EDU im Juni 1989 als erste große Parteieninternationale die Sitzung ihres „Europa-Ausschusses“ in Budapest ab. Weitere Aktivitäten erfolgten meistens auf bilateraler Basis zwischen EDU-Mitgliedsparteien und den neuen Partnern, wobei das EDU-Büro in Wien in vielen Fällen eine Vermittlungs- und Koordinationsfunktion übernahm.

Bei der Sitzung des EDU-Lenkungsausschusses in München im Dezember 1989 nahmen bereits Vertreter des Ungarischen Demokratischen Forums, Parteien aus Slowenien (Bauernunion, Demokratische Partei und Christlich-Soziale Partei) teil, um an den Beratungen über EDU-Unterstützungsprogramme für neue demokratische Parteien in den Ländern Zentral- und Osteuropas mitzuwirken.

Die konkrete Erweiterung der EDU erfolgte bei der Parteiführerkonferenz im August 1990 in Helsinki. Als Erste wurden die Tschechische Volkspartei, die Christlich-Demokratische Partei Böhmens und Mährens, die Christlich-Demokratische Bewegung der Slowakei sowie das Ungarische Demokratische Forum, die Ungarische Christlich-Demokratische Volkspartei und die unabhängige Kleinlandwirtpartei als Vollmitglieder in die EDU aufgenommen. Diese Erweiterung wurde auch 1991 vorangetrieben. So beschloss im Oktober 1991 der Lenkungsausschuss in Warschau die Aufnahme von zwei polnischen Mitgliedsparteien, des Liberaldemokratischen Kongresses und der Zentrumsallianz.

Wie viele welthistorische Ereignisse, hatte auch der Fall der Berliner Mauer und das Ende des Kalten Krieges Langzeitwirkungen, die während des unmittelbaren Ablaufs der Geschehnisse nicht erkennbar und von den Akteuren der ersten Stunde oft gar nicht beachtet waren. Zu diesen nach außen wenig spektakulären, in ihren politischen

Auswirkungen wahrscheinlich nicht zu überschätzenden Folgen zählte die Annäherung zwischen der Europäischen Demokratischen Union und der Liberalen Internationale. Sie manifestierte sich in der Gründung der Kommission „Das große Europa“ im Mai 1993. Amtssitz und Sekretariat der Kommission befinden sich in Wien. Die Kommission hat den Status einer internationalen, nicht staatlichen Organisation.

Vor allzu großer Euphorie muss jedoch gewarnt werden. Die Bedeutung der neu gegründeten Kommission ist zunächst einmal in der Überwindung bisheriger Parteientrennlagen in den europäischen Kernländern selbst zu sehen. Vor einigen Jahrzehnten wäre es nämlich undenkbar gewesen, dass Christdemokraten und Konservative offiziell mit den Liberalen zusammenarbeiten könnten. Man sah lange in ihnen eher den weltanschaulichen Gegner und nicht den Partner im Hinblick auf die Lösung gemeinsamer Zukunftsprobleme.

EDU und IDU werden in Zukunft nicht an ihren Deklarationen, sondern an ihren

konkreten Leistungen für die neuen Demokratien in Europa und in der Welt gemessen werden. Dass diesbezüglich ein vorsichtiger Realismus am Platz ist, zeigt die Ausweitung der Mitgliedschaft der IDU in den neunziger Jahren. Auf der fünften Parteiführerkonferenz in Madrid im Oktober 1992 wurden unter dem neuen Vorsitzenden, dem Schweden Carl Bildt, so verschiedenartige neue Mitglieder aufgenommen wie zum Beispiel die Kuomintang (China), das Ungarische Demokratische Forum, die Demokratisch-Liberale Partei Koreas, aus Bolivien die National-Demokratische Aktion sowie die Demokratische Turnhallen-Allianz in Namibia. Im Zeitalter der Globalisierung sind allerdings alle internationalen Parteienvereinigungen mit Problemen konfrontiert, die lösen zu helfen sie nur sehr beschränkt im Stande sein werden. Da es sich um Prozesse sui generis handelt, sind frühere und andere Erfahrungen mit demokratischen Systemänderungen und Integrationsprozessen nur von sehr eingeschränkter Bedeutung.

Franz Horner